

dem 19. Jahrhundert. Thematisch dominiert die Wirtschafts- und Sozialgeschichte mit neun Beiträgen; acht Beiträge sind dem Adel gewidmet, fünf davon der Reichsritterschaft, die ihre Stellung wegen der Konkurrenz von Württemberg und Habsburg behaupten konnte. Dies wird von Volker Press am Beispiel des »württembergischen Angriffs auf die Reichsritterschaft 1749–1754« geschildert. Diese Einseitigkeit in der Schwerpunktsetzung zugunsten des Adels wird nicht ganz ausgeglichen durch die Beiträge von Johann Ottmar und Paul Sauer. Ottmar behandelt den Bauernaufstand von 1525 am oberen Neckar und kann 160 beteiligte Personen des Haufens vorm Wald lokalisieren. Sauer beschreibt die sich der durch die Reichsritter, aber auch vom Deutsch- und Johanniterorden betriebene Ansiedlungspolitik verdankenden relativ zahlreichen Judengemeinden.

Ein weiteres charakteristisches Merkmal für den behandelten Raum sind die zahlreichen Zwerg- und Kleinstädte, die sich nicht recht entwickeln konnten. So beschäftigen sich fünf Beiträge mit der Stadtgeschichte, wobei die jungen Städte des 19. Jahrhunderts weitgehend ausgeklammert bleiben. Nur für den Zeitraum der Industrialisierung werden sie von Eberhard Naujoks mitbehandelt. In der besonderen Armut der Gegend um Schwenningen, Trossingen und Spaichingen sieht er einen Grund, warum es hier zur Industrialisierung kam, die zwischen Rottenburg und Rottweil weitgehend ausblieb (S. 540).

Von besonderem Interesse für die Leser dieser Zeitschrift dürften die Beiträge von Franz Quarthal, Werner Kundert und Rudolf Reinhardt sein. Quarthal behandelt die »Wirtschaftsgeschichte der österreichischen Städte am oberen Neckar«. Rottenburg, Horb, Oberndorf und Haigerloch waren im 13. und 14. Jahrhundert noch expandierende Städte. Rottenburg und Horb hatten noch im 15. Jahrhundert einen bedeutenden Handel, aber allein Rottenburg konnte noch bis ins 17. Jahrhundert durch Weinbau und -handel seine wirtschaftliche Stellung behaupten. Der Niedergang des Weinbaus, Verschlechterung der Verkehrslage und die Konfessionalisierung, die Rottenburg in die Grenzlage brachte, führten auch hier zur Stagnation. Am Ende des 18. Jahrhunderts betrachteten sich die Rottenburger als »vom wahren Österreich nach unserer Lage abgeschnittene und vollkommen von Württemberg umringte Stiefkinder« (S. 446).

Kundert behandelt die »Reichsritterschaft und Reichskirche vornehmlich in Schwaben 1555–1803«. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die Reichskirche mehr und mehr Adelskirche wurde und die reichskirchlichen Pfründen zur wichtigen wirtschaftlichen Basis des Adels wurden (S. 327). Reinhardt beschreibt »Kirchen und Klöster am oberen Neckar«. Dieser Beitrag hat zusammenfassenden Charakter und vermittelt einen Überblick; außerdem enthält er als Beilagen ein Verzeichnis der Nonnenhäuser und Einsiedeleien. Nach Reinhardt wurde das erstarrte Pfarrsystem erst in der württembergischen Zeit wieder verbessert.

Der Band ist mit interessantem Bildmaterial ausgestattet, hat ein Orts- und Personenregister. Die einzelnen Beiträge enthalten, wo notwendig, hilfreiche Skizzen und Karten. Die Anmerkungen sind leserfreundlich plaziert, und Druckfehler dürften kaum zu finden sein. *Hans-Otto Binder*

HANS WICKI: Das Königreich Württemberg im Ersten Weltkrieg. Seine wirtschaftliche, soziale, politische und kulturelle Lage (Geist und Werk der Zeiten 66). Bern–Frankfurt a. M.–New York: Lang 1984. 239 S. Brosch. sFr 43,-.

»Es ist ein trauriges Erbe, das ich Dir hinterlasse – unser liebes, schönes Württemberg, mit dem durch Jahrhunderte unser Haus verknüpft war, ist dahin.« König Wilhelm II. schrieb am 10. November 1918 seinem Neffen Albrecht; 20 Tage später verzichtete er auf die Krone, vom Volk und der Opposition so sehr geachtet, daß sich die revolutionäre Bewegung nicht gegen seine Person richtete, »sondern gegen das monarchische System, das unter Wilhelm II. von Hohenzollern Bankrott gemacht hat« (Wilhelm Keil, Führer der württembergischen Sozialdemokraten).

Württemberg, seit 1871 Teil des Deutschen Reiches (mit einigen Reservatrechten – Finanzhoheit, Heeres-, Eisenbahn- und innere Verwaltung), war 1914 in den Weltkrieg hineingezogen worden, den weder seine Bürger noch die Regierenden wollten, und auf den das Land überhaupt nicht vorbereitet war. Zwar wurde auch hier den ins Feld reisenden Soldaten auf den Bahnhöfen zugewunken, ihnen auch Speise und Trank gereicht, es geschah dies aber eher familiär als nationalistisch. Den Krieg nicht an der Front zu schildern, sondern seine Wirkungen auf die Zivilbevölkerung darzustellen, hat sich Hans Wicki in seiner Zürcher Dissertation vorgenommen. Er liefert einen abgerundeten Überblick, dem lediglich die Plastizität fehlt, weil er zuwenig unmittelbare Zeugnisse, Stimmen aus der Bevölkerung zitiert. Aus dem beigefügten Literaturverzeichnis wird deutlich, wie erstaunlich wenig diese Frage bisher wissenschaftlich behandelt worden ist.

Schon im ersten Kriegsjahr mußten etwa 24 % der Handwerksbetriebe geschlossen werden, da Meister und Gesellen eingezogen worden waren; die Lehrlingsausbildung ging zurück. Die Folge: Wohnraumnot in den späteren Kriegsjahren, begleitet von erheblichen Preissteigerungen. Der für die Produktion und das Leben so wichtige Energiespeicher Kohle wurde knapp, sein Transport kollidierte mit militärischen Nachschubforderungen. So wie im Handwerk wuchsen auch in der Landwirtschaft die Schwierigkeiten; Rückstellungen, gezielter Urlaub, Einsatz von Invaliden, Schülern und Kriegsgefangenen boten keinen ausreichenden Ersatz. Die Konsumgüterindustrie schrumpfte, während die Kriegsgüterindustrie gewaltige Gewinne verzeichnete; Gewinne übrigens, die, im Gegensatz zu England, im ganzen Deutschen Reich (mit Ausnahme Württembergs) nicht gesondert besteuert wurden. Diese Unternehmen zahlten auch die besseren Löhne (und zogen damit Arbeitnehmer aus anderen Branchen ab), sie versorgten ihre Arbeiter zudem mit Lebensmitteln. Mit zunehmender Kriegsdauer wuchs die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte, denen allerdings in der Regel nur 50 % des Lohns der männlichen Arbeiter ausbezahlt wurde, bei etwa gleicher Arbeitsanforderung.

Württemberg überwiegend mittelständische Betriebe kamen nur mit Mühe zu lukrativen Kriegsaufträgen – ihnen fehlte die Lobby in Berlin. Hier wie auch im Versorgungsbereich zeitigte die relative Unabhängigkeit Württembergs im Deutschen Reich nachteilige Folgen: Die Kriegsverwaltungsbürokratie wuchs gewaltig, in den zahlreichen Kriegsgesellschaften (eine Aufzählung von Organisationen zur Überwachung und öffentlichen Bewirtschaftung kriegswichtiger Güter umfaßte am 1. 2. 1918 ein Dossier von 52 [!] Seiten) war das Land nicht oder nur unzureichend vertreten. »Erhebungen, Schätzungen, Verordnungen und Verbote, die sich oft genug als falsch, widersprüchlich oder für ganze Regionen als ungeeignet erwiesen« (S. 95), belasteten Wirtschaft und Landwirtschaft. Unmut entstand, weil reiche Urlauber aus dem norddeutschen Raum Lebensmittel zu jedem Preis aufkauften. Über den Schwarzmarkt wurde gegen Ende des Krieges etwa ein Drittel aller Lebensmittel vertrieben; krasse Fälle von Unterernährung wurden aus Württemberg nicht bekannt. Die Kirchen bemühten sich nach besten Kräften, sich den neuen Aufgaben zu stellen; sogar die schönen Künste wurden noch gepflegt: Stuttgart verzeichnete volle Theaterhäuser. Bei aller Belastung blieb die württembergische Bevölkerung politisch weitgehend stabil.

*Uwe Ziegler*

CHRISTENTUM UND POLITIK. DOKUMENTE DES WIDERSTANDS. Zum 40. Jahrestag der Hinrichtung des Zentrumspolitikers und Staatspräsidenten Eugen Bolz am 23. Januar 1945. Hrsg. von JOACHIM KÖHLER. Sigmaringen: Thorbecke 1985. 84 S. 8 Abb. Brosch. DM 16,-.

»Meine liebste Frau und Tochter! Eine tieftraurige Botschaft habe ich Euch für Weihnachten und Neujahr. Unerwartet war heute Verhandlung in meiner Sache. Ich wurde zum Tode verurteilt!« Diese Zeilen schrieb Eugen Bolz am 21. Dezember 1944 aus dem Gefängnis an seine Familie in Tübingen. Vier Wochen später, am 23. Januar 1945, wurde er im Zusammenhang mit dem gescheiterten Attentat auf Hitler durch das Fallbeil in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Aus Anlaß des 40. Jahrestages der Hinrichtung des ehemaligen württembergischen Staatspräsidenten hat der Tübinger Kirchengeschichtler Joachim Köhler im vorliegenden Band zwei Dokumente des Widerstands herausgegeben, zum einen den bisher unveröffentlichten Aufsatz »Katholische Aktion und Politik« aus dem Nachlaß des Politikers sowie das Urteil des Volksgerichtshofes vom 21. Dezember 1944 gegen Eugen Bolz. Ergänzt wird die kleine Schrift durch eine Einführung des Herausgebers, eine Zeittafel mit den Lebensdaten von Eugen Bolz und acht Abbildungen. Wer die im Jahre 1934 niedergeschriebenen Gedanken von Eugen Bolz aufmerksam liest, findet in ihnen auch noch teilweise für die heutige Zeit gültige und wichtige Maximen einer Politik aus christlicher Verantwortung, die er selbst konsequent verfolgt hat. So warnt er eindringlich vor einem Rückzug in die Innerlichkeit. Christ sein heißt für ihn, öffentlich Zeugnis abzulegen, auch wenn es zu Konflikten mit der Staatsgewalt kommen kann: »Der Staat ist nicht die Totalität aller Zwecke, sondern ist ein Teil der sittlichen Weltordnung und in die Stufenordnung der Werte eingeordnet. Folglich kann die Staatsgewalt, die ihre Autorität erst und allein durch das natürliche Sittengesetz durch ihre Verwurzelung im Willen Gottes erhält, nicht omnipotent, nicht schrankenlos sein« (S. 29). Eine der Hauptaufgaben des Staates ist es, für das Gemeinwohl seiner Bürger zu sorgen, und somit kann die »Befehls- und Zwangsgewalt des Staates nur so weit reichen, als dies dem Gemeinwohl dient [. . .]. Bei offensichtlichem und dauerndem Mißbrauch der Staatsgewalt besteht ein Notwehrrecht des Volkes« (S. 30). Und an anderer Stelle heißt es: »Es gibt keine Doppelmoral, weder für die Wirtschaft, noch für die